

Das Weimarer Dreieck - Neue Impulse für Europa?

Le Triangle de Weimar - une nouvelle dynamique pour l'Europe?

Trójkąt Weimarski - nowe impulsy dla Europy?

Gabriele Lesser
Marek Ostrowski
Jean-Louis de la Vaissière

► **Herausgeber / Editeur / Wydawca**

Stiftung Genshagen
Im Schloss
D-14974 Genshagen

Tel./tél./tel.: + 49 (0)3378-805931

Telefax/fax: + 49 (0)3378-870013

► **Redaktion / Rédaction / Redakcja**

Magdalena Kurpiewska

► **Grafische Gestaltung / Responsable graphique/ Opracowanie graficzne**

Nina Henke

► **Internet**

www.stiftung-genshagen.de

institut@stiftung-genshagen.de

Diese Veröffentlichung gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autoren wieder.

Les opinions exprimées dans ce texte n'engagent que la responsabilité des auteurs.

Zamieszczone w publikacji artykuły odzwierciedlają osobiste poglądy autorów.

Übersetzung / Traduction / Tłumaczenie: Stiftung Genshagen

Alle Rechte vorbehalten.

Tous droits réservés.

Wszelkie prawa zastrzeżone.

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

Aucun élément de ce dossier ne peut être copié ou reproduit de façon partielle ou intégrale, sans l'autorisation écrite et préalable de la Fondation Genshagen.

Przedruk materiałów Fundacji Genshagen w całości lub części jest możliwy wyłącznie za uprzednią pisemną zgodą Fundacji.



Inhalt

Sommaire

Spis treści

► Jean-Louis de la Vaissière: FÜR PARIS IST WEIMAR EIN SPRUNGBRETT IN RICHTUNG OSTEN	04
► Marek Ostrowski: DAS DREIECK IN DER MASCHINERIE	07
► Gabriele Lesser: DIE ZUKUNFT DES WEIMARER DREIECKS LIEGT IM OSTEN	11
► Jean-Louis de la Vaissière: WEIMAR, UN TREMLIN VERS L'EST POUR PARIS	14
► Marek Ostrowski: LE TRIANGLE AU SEIN DE L'APPAREIL	17
► Gabriele Lesser: L'AVENIR DU TRIANGLE DE WEIMAR SE TROUVE À L'EST	21
► Jean-Louis de la Vaissière: WEIMAR - PARYSKA TRAMPOLINA NA WSCHÓD	24
► Marek Ostrowski: TRÓJKĄT W MASZYNERII	27
► Gabriele Lesser: PRZYSZŁOŚĆ TRÓJKĄTA WEIMARSKIEGO JEST NA WSCHODZIE	30

Für Paris ist Weimar ein Sprungbrett in Richtung Osten*

► JEAN-LOUIS DE LA VAISSIÈRE

Selbst wenn es nicht öffentlich eingestanden wird, hat das Weimarer Dreieck vom Ufer der Seine aus betrachtet, weder denselben Wert noch dieselbe Greifbarkeit, wie vom Ufer der Spree oder gar vom Ufer der Weichsel aus gesehen. Polen ist ohne jeden Zweifel ein sehr beliebtes Land in Frankreich. Die Franzosen schmücken sich gerne mit der Vorstellung, dass die Polen in ihnen den privilegierten Freund sehen, der ihre historischen Kämpfe schon immer unterstützt hat, wo doch die Polen selber die Vereinigten Staaten von Amerika in dieser Rolle sehen. Trotz einer nahezu romantischen Geschichte zwischen den beiden europäischen Nationen, herrscht in Wahrheit eine kulturelle Wüste zwischen Frankreich und Polen. Seit Johannes Paul II. und Solidarność ist Polen kein großes Thema mehr in den französischen Medien. Das „Weimarer Dreieck“ ist dem breiten französischen Publikum überhaupt kein Begriff.

Die vor allem von Deutschland Anfang 2010 ausgehende Wiederbelebung dieser „Mumie“, die das Weimarer Dreieck unter den Brüdern Kaczyński war, wird als günstiges Instrument zur Vertretung französischer und europäischer Interessen im Osten bewertet. Dies wäre umso mehr der Fall, wenn sich das Weimarer Dreieck in ein „gemeinsames Projekt“ integrieren ließe, das nach den Hoffnungen von Präsident

Sarkozy die EU und Russland verbinden soll. Zwar ist ein gemeinsamer Gipfel des Dreiecks für Februar 2011 in Polen geplant, doch viel aufschlussreicher in Bezug auf die tatsächlichen Interessen Frankreichs war das Gipfeltreffen in Deauville Mitte Oktober zwischen Angela Merkel, Nicolas Sarkozy und Dimitri Medwedew.

Paris zeigt ein vorsichtiges Interesse an der vom russischen Präsidenten vorgeschlagenen „gemeinsamen Sicherheitsarchitektur“ ohne dabei die Partnerschaft mit der NATO schwächen zu wollen. Die französische Regierung hält den Zeitpunkt für geeignet, Russland nun an Europa zu binden und seine europäische Ausrichtung zu stärken. Der französische Präsident erhofft sich dadurch positive Auswirkungen im energiepolitischen, strategischen und wirtschaftlichen Bereich für Europa – also auch für Polen. In vielerlei Hinsicht kann das Weimarer Dreieck aus Pariser Sicht in diesem Kontext nur einen „Win-Win-Effekt“ haben.

** Alle Texte dieser Publikation entstanden im Rahmen der Tagung «Deutsch-französisch-polnische Mediengespräche: Das Weimarer Dreieck - Neuer Schwung für Europa?», die vom 5.-7. September 2010 von der Stiftung Genshagen mit Finanzierung des Auswärtigen Amtes durchgeführt wurde.*

Aus dem Quai d'Orsay sind Sätze wie dieser zu hören: „Nach dem EU-Beitritt Polens 2004, zu dessen Erleichterung das Weimarer Dreieck beigetragen hatte, hätte man sich von dieser Drei-Staaten-Kooperation verabschieden können und Weimar wäre verschwunden gewesen. Nun erhält das Weimarer Dreieck von Neuem wieder große Bedeutung.“ Dies gilt umso mehr, als die polnische Regierung heute - anders als in der Vergangenheit - dem übergeordneten Interesse einer Partnerschaft mit dem Kreml nicht mehr durch Streitigkeiten, Demütigungen und Forderungen im Weg steht.

Natürlich wird das Weimarer Dreieck verglichen mit anderen prioritären Interessen Frankreichs immer zweitrangig bleiben. Dies gilt insbesondere in Bezug auf das deutsch-französische Paar, die besondere Beziehung zu Großbritannien, die französische Ausrichtung auf den Mittelmeerraum, auf Afrika und den Nahen Osten sowie den Vorsitz bei der G8/G20, der allergrößte Bedeutung beigemessen wird. Gleichwohl sprechen seit kurzem einige Faktoren dafür, dass Frankreich auf Weimar setzen sollte.

Dieses Kooperationsforum, das Paris zum größten Bedauern Warschaus so unverbindlich wie möglich – ohne Strukturen oder substanzielle Finanzierung – halten will, bietet die Möglichkeit, vom Elan der Berlin und Warschau eigenen Dynamik in Mittel- und Osteuropa zu profitieren. Ein günstiger Nebeneffekt des Dreiecks ist außerdem, dass es die manchmal etwas zu enge Zusammenarbeit mit Berlin lockern kann.

Die in Richtung Russland ausgestreckte Hand des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk ist in Paris auf besonderes Interesse gestoßen. Auch die russische und ukrainische Anwesenheit der drei Außenminister während der letzten Treffen im ersten Halbjahr 2010 in Bonn und Paris wurde in Frankreich sehr begrüßt. Zwar kam die Initiative, den russischen Außenminister Sergei Lawrow zu einem gemeinsamen Treffen im Juni 2010 in Paris einzuladen, von Bernard Kouchner – eine Idee, die von seinem polnischen Kollegen Radosław Sikorski positiv aufgenommen wurde. Doch der Vorschlag, die Visaregelungen in einem europäischen Rahmen für die russische Enklave Kaliningrad und ihre polnischen Grenzzonen zu lockern, wurde von Sikorski und Lawrow formuliert. Ein kleines, aber vielsagendes Kapitel, das Paris die Existenz einer eigenen russisch-polnischen Dynamik bestätigt.

Genauso wie Berlin sieht auch Paris das Dreieck als Möglichkeit, die Beziehungen zur Ukraine als einem zentralen Partner zu verbessern, der an die EU gebunden werden soll ohne jedoch Mitglied zu werden. Kann das Weimarer Dreieck hier eine Brücke, ein Ort der Vertrauensbildung werden, wo früher eine Mauer aus Ressentiments bestand? Paris begreift die Östliche Partnerschaft, in der Warschau sehr engagiert ist, und die Visegrád-Gruppe als Tor zum Osten, genau wie die Union für das Mittelmeer für Berlin und Warschau ein Tor Richtung Süden darstellt.

Die französischen Entscheidungsträger nähren die Hoffnung auf demokratischen Fortschritt (Weißrussland) und auf die Regelung der „Frozen conflicts“ (Transnistrien, Georgien, Bergkarabach). Davon ist man allerdings noch weit entfernt.

Darüber hinaus begrüßt Paris das europäische Engagement Polens, das nicht nur auf ein „Abkassieren“ abzielt. Warschau gilt als „seriös, engagiert, entschieden“. Die Grundlagen der polnischen Wirtschaft sind solide. Polen ist kaum verschuldet und kandidiert mit Blick auf das Jahr 2017 für die Eurogruppe. Außerdem ist das Land viel weniger von nationalistischen und rassistischen Anwandlungen betroffen als andere ehemalige kommunistische Staaten. Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und der Ausweitung der Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit, und während Paris sich für den nächsten Budget-Kampf rüstet, der im Zeichen großer Sparzwänge stattfinden wird, ist es durchaus nützlich, Polen als stärkste Wirtschaftsmacht unter den ehemaligen Ostblockstaaten so oft wie möglich auf seiner Seite zu haben – und sogar, wenn nötig, gemeinsam gegen Deutschland.

Frankreich pflegt seine Beziehung zu Polen, das in der zweiten Jahreshälfte 2011 die Ratspräsidentschaft übernehmen wird. Paris glaubt, gemeinsame Interessen wie die Verteidigung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auszumachen. In der Energiepolitik stellt sich die Kooperation beider Länder bezüglich des polnischen

Atomprogramms als vielversprechend dar. Was die außenpolitischen Themen betrifft, so schätzt Frankreich den polnischen Willen, in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik voranzukommen, beispielsweise mit der trilateralen Battle Group, die 2013 einsatzbereit sein soll. Paris ist sich auch des Gewichts Polens bewusst, wenn es um die Formulierung einer gemeinsamen europäischen Position für die internationalen Klimaverhandlungen geht.

Frankreich scheint also ein erneutes Interesse an der trilateralen Plattform zu haben. Ist das Weimarer Dreieck jedoch dazu berufen, eine strategische Achse, eine Art Rückgrat Europas zu bilden? Wie ist es zu bewerten, dass der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) von Lady Ashton einen französischen Generalsekretär hat, der von einem deutschen und einem polnischen sowie einem irischen Stellvertreter flankiert wird?

Grundsätzlich sieht Frankreich diese Entwicklungen eher pragmatisch. Abgesehen von den begrenzten universitären und kulturellen Programmen und trotz einer minimalen Sichtbarkeit sowie einem leichten Mangel an „Glanz“, bleibt Weimar ein nützliches Sprungbrett Richtung Osten und ein sinnvolles Instrument für die Regelung künftiger Interessenkonflikte – seien sie deutsch-französisch oder deutsch-polnisch. In diesem Fall ist es immer besser zu dritt, als nur zu zweit zu sein...

JEAN-LOUIS DE LA VAISSIÈRE ist Journalist bei AFP (Agence-France Presse). Derzeit ist er als Korrespondent für das französische Außenministerium zuständig.

Das Dreieck in der Maschinerie

► MAREK OSTROWSKI

Vergeblich sucht man auf Wikileaks nach Informationen über das Weimarer Dreieck. Offenbar interessiert sich dafür kein Hacker, der Zusammenarbeit Frankreichs, Polens und Deutschlands drohen keinerlei Indiskretionen. Das Dreieck war im Jahr 1991 eine gute Idee, um den damaligen EU-Kandidaten Polen durch die älteren Mitglieder zu protegieren. Es hat seine Funktion erfüllt. Heute ist es auf seltene Treffen auf höchster Ebene begrenzt. Wen sollte es also noch interessieren? Außerdem schaue ich als Kommentator aus Polen eifersüchtig auf die intensive deutsch-französische Zusammenarbeit: häufige und regelmäßige Regierungskonsultationen, nicht selten tägliche Telefonate zwischen Ministern, Jugendaustausch, der gemeinsame Fernsehsender ARTE, wissenschaftliche Zusammenarbeit und zahlreiche gemeinsame Wirtschaftsprojekte. Soviel ist klar: Frankreich und Deutschland sind nicht nur der Motor der EU, sondern auch deutlich größere Länder als Polen. Die Wirtschaftspotenziale der Länder des Dreiecks entsprechen grob gesagt dem Verhältnis sieben zu acht zu eins.

Von Warschau aus schreiben wir also aus der Position des Bittstellers, was natürlich keine angenehme Rolle ist. Jedenfalls ist das Dreieck nicht gleichschenkelig.

Selbstverständlich hat Polen mit beiden Partnern lebhaft Beziehungen und unterhält sie weiterhin. Aber besteht eigentlich irgendein Feld, auf dem alle drei Länder gemeinsam notwendig wären? Zuerst geht daher die Frage nach Paris und Berlin: Wenn ihr zusammen kommt, ist euch dann Warschau für irgendetwas nützlich? Die Antwort ist wohl alles andere als offensichtlich. Es bleibt eine Tatsache, dass im Rahmen der Europäischen Union die verschiedensten Gruppierungen und Dimensionen bestehen (z.B. die nördliche Dimension, der Mittelmeerraum, die Iberische Halbinsel), warum sollte man also nicht auch das Dreieck nutzen, wo es nun einmal besteht und ihm - auch wenn das nicht viel ist für all die Jahre - ein gutes Dutzend Treffen gewidmet wurden?

In Brüssel sagt man, dass 90 % des Apparates der EU damit beschäftigt sind, die Wirtschaftskrise zu meistern. Faktisch hat daher niemand den Kopf frei, um an etwas anderes zu denken. Die EU bleibt aber, trotz Krise, ein lebender Organismus, dessen Antrieb ohnehin immer von Institutionen geleistet werden muss. So zum Beispiel der gerade geschaffene Europäische Auswärtige Dienst unter Leitung des Franzosen Pierre Vimont und des Iren David O'Sullivan (haben ihre Nationalitäten eine Bedeutung?), der, erinnern wir uns, 5000 bis 6000 Beamte in 136 Niederlassungen auf der ganzen Welt haben wird. Das ist schließlich kein geringes Kontingent.

Es wird Lady Ashton unterstehen, die, wie wir es verstehen, die „Außenministerin“ der Union wird, wenn auch keine eigenständige, denn sie hat im Kommissionspräsidenten einen Vorgesetzten und im Ratsvorsitzenden, möglicherweise auch im Parlamentspräsidenten, ihre Partner. In welchem Verhältnis stehen dazu die Regierungen der Mitgliedsländer und ihre Außenminister und diplomatischen Vertretungen, die schließlich ebenfalls in jenen 136 Ländern bilaterale Beziehungen unterhalten? Wir stehen also vor einer gigantischen Konsultations- und Kompromissmaschinerie, in der jeder seinen Einfluss behalten und sich nicht unbedingt auf eine Abstimmung mit Anderen einlassen möchte. Wie kann man das Weimarer Dreieck noch in diese Konsultations- und Kompromissmaschinerie einbauen?

Meiner Meinung nach kann das Dreieck zumindest drei Aufgaben wahrnehmen: die Reibungen zwischen den Partnern minimieren, gemeinsame Anstrengungen in Osteuropa unternehmen und bei der Entstehung eines europäischen *Demos* behilflich sein. Ich skizziere diese Aufgaben der Reihe nach. Erstens, was verhindert eigentlich regelmäßige Gipfeltreffen des Dreiecks sowie Treffen auf Regierungsebene? Die dabei vergeudete Zeit? Ein institutionalisierter Dialog (mit einer recht kleinen Gruppe von Diplomaten, die stetig ein Dossier verfolgen) bringt bessere Resultate als seltene Treffen zu gegebenen Anlässen. Es braucht eine Struktur und einen Rhythmus.

In den Diskussionen darf man sich freilich nicht davor fürchten, divergierende Interessen festzustellen und diese der Öffentlichkeit auch bekannt zu machen. Das Budget der EU für die kommenden sieben Jahre ruft Konflikte hervor. Polen und Frankreich unterstützen eine mutigere gemeinsame Agrarpolitik, Deutschland möchte eher weniger. Die Positionen in der Energiepolitik, insbesondere hinsichtlich der Nutzung von Kohle, sind sehr unterschiedlich. Zweifellos könnte das Dreieck ein Ort sein, an dem sich die verschiedenen Standpunkte in der EU reiben. Es wäre nicht der einzige. Natürlich schauen alle übrigen Länder mit Unwillen auf die Konsultationen der anderen, aber am Ende landen ohnehin alle Angelegenheiten auf dem Schreibtisch der EU.

Wie könnte man einen besser koordinierten Gang nach Osten vorbereiten? Vor allem in Richtung Russland, aber ebenso mit Blick auf die Ukraine und Kasachstan? Frankreich ist stärker in Richtung Mittelmeer orientiert, und das ist verständlich. Aber alle drei Länder entwickeln Interessen im Osten. Neben der Östlichen Partnerschaft ist die Modernisierungspartnerschaft ein gemeinsames Instrument der Union. Für Polen ist es verständlich, dass die finanzielle Unterstützung für Nachbarländer aus historischen Gründen in den Osten und in den Süden im Verhältnis von 30 zu 70 vergeben werden. Mit Sicherheit könnte man dennoch im Osten mehr bewirken, selbst unter Beibehaltung dieser Proportionen und trotz der Unterschiede im Programm.

Im Süden hilft die EU bei Infrastrukturprojekten, im Osten mit politischen Programmen. Hier wäre zusätzlich ein spezielles Programm mit Russland mit einer symbolischen Dimension notwendig.

In der Redaktion von „Polityka“ sprechen wir seit langem über das heutige Kaliningrad, das einstige Königsberg, die Stadt Kants. Anstatt eines letzten Hafens für ausrangierte und verrostete Flugzeugträger könnte es ein russisches Hongkong in Europa sein. Polen strebt an, dass die Einwohner dieser Oblast einen erleichterten Visazugang für die Länder der Union erhalten. Man könnte dort eine gemeinsam mit Russland finanzierte europäische Universität errichten, als eine wichtige Plattform für die Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU. Den Deutschen würde es aus verständlichen Gründen nicht so gut zu Gesicht stehen, im Alleingang etwas für das ehemalige Königsberg vorzuschlagen. Die Beziehungen zwischen Russland und Polen, das an diese Oblast angrenzt, verbessern sich stetig. Eine französische Beteiligung wäre die Garantie für eine tatsächliche Internationalisierung dieses Projekts.

Nun zum *Demos*. Jedes unserer Länder braucht die Union. Es geht dabei nicht nur um merkantile Interessen. Es gibt eine ganze Reihe guter Gründe. Berühren wir zumindest ein paar von ihnen. Die Deutschen brauchen sie aufgrund ihrer europäisch-zivilgesellschaftlichen Erziehung und ihrer historischen Komplexe; Frankreich zumindest aufgrund der schwächelnden

Position der französischen Sprache. Polen, der schwächste Partner, braucht die Union schon deswegen, um deren Stärke in der Welt für sich nutzen zu können. Der Union hingegen, die gerade eine Krise durchlebt, droht das Fieber des Euroskeptizismus, das durch jede Krise verstärkt wird. Dieses Fieber ist heute stärker, es kann die Gefahren der Renationalisierung, nationale Egoismen und Alleingänge der Nationalstaaten, die wiederum viele Streitigkeiten zur Folge haben können, verstärken. Bekanntlich sind politische Führungspersonen selten Visionäre, da sie oft nur auf den Druck der öffentlichen Meinung reagieren und von den Interessen der breiten Bevölkerung angetrieben werden. Daher ist die mühsame Errichtung eines europäischen *Demos* so wichtig. Es ist natürlich leicht, Zweifel anzumelden: Wie kann überhaupt eine europäische öffentliche Meinung entstehen, wenn es nicht einmal eine europäische Küche gibt?

Es versteht sich von selbst, dass man den Prozess der Entstehung eines *Demos* nicht verordnen kann. Selbst wenn die Eliten einzelner Länder die Union für notwendig halten und ihren Fortbestand wünschen, so gibt es dennoch keine derart weitreichende gesellschaftliche Ingenieurskunst. Gleichwohl sollten wir daran glauben, dass die Tätigkeit im symbolischen Raum einige Erfolge zeitigt. Mit Respekt und Bewunderung beziehe ich mich auf den damaligen deutschen Verteidigungsminister Volker Rühe, der in den 90er Jahren eine feierliche gemeinsame Verteidigung deutscher und polnischer Rekruten organisierte.

Die jungen Männer standen sich gegenüber, „schaute sich in die Augen“, wie es mir Rühle vor Jahren erzählte und wiederholten den Schwur auf ihr demokratisches Land. Man kann durchaus annehmen, dass ihnen damals Wert und Sinn eines europäischen *Demos* einleuchtete.

Die Treffen im Rahmen des Weimarer Dreiecks und die der Staatsoberhäupter in Weimar oder anderswo sowie jene im Schloss Genshagen auf anderer Ebene sollten ähnliche Ideen hervorbringen. Die dort gewechselten Worte haben vielleicht keine große Reichweite, aber sie zählen. Sollte das Weimarer Dreieck, vielleicht ja auf Initiative von Genshagen, einen nicht zu großen Kreis bekannter Figuren versammeln, die der Arbeit im Dreieck positiv gegenüberstehen und die einmal im Jahr, vielleicht auch öfter, an die Welt der Ideen erinnern und den Präsidial- und Kanzlerämtern als intellektueller Hintergrund dienen? In jedem Fall wäre es kein Anfang bei Null.

MAREK OSTROWSKI, Journalist und Leitartikler, ist seit 1994 Leiter des Ressorts „Internationales“ der polnischen Wochenzeitung *Polityka*.

Die Zukunft des Weimarer Dreiecks liegt im Osten

► GABRIELE LESSER

Wenn Politiker beschwörend rufen: „Das Weimarer Dreieck lebt!“, dann kann man davon ausgehen, dass es in Wirklichkeit tot ist. Tatsächlich hat das deutsch-französisch-polnische Gesprächsforum in den letzten Jahren nicht allzu viele Lebenszeichen von sich gegeben. Dennoch wollten Politiker von ihrer schon erkalteten Liebe nicht ablassen. So trafen sie sich immer mal wieder, hatten sich aber nicht viel zu sagen. Auch auf der zivilgesellschaftlichen Ebene herrscht seit rund zehn Jahren völliges Schweigen. Eine letzte trilaterale Debatte gab es um den deutsch-französischen Fernsehkanal ARTE. Polen wollte sich beteiligen. Doch dann scheiterte es am Geld, das hochfliegende Projekt versandete und hinterließ einen bitteren Nachgeschmack.

Im April 2010 wagte Deutschlands Außenminister Guido Westerwelle etwas Neues und lud nicht nur, wie üblich, seine Kollegen aus Frankreich und Polen ein, sondern als besonderen Gast auch Konstantin Hryschtschenko, den Außenminister der Ukraine. Die Gespräche über Energie- und Sicherheitsfragen waren

so anregend, dass schon zwei Monate später der französische Außenminister Bernard Kouchner ebenfalls ein Weimarer Dreiecks-Treffen ausrichtete und als besonderen Gast nunmehr den Außenminister Russlands, Sergej Lawrow, einlud. Später konnte Kouchner kaum an sich halten vor Begeisterung. Das Treffen sei „notwendig und aufregend“ gewesen, freute er sich.

Trotz der Rückschläge - gefälschte Präsidentschaftswahlen in Weißrussland im Dezember 2010 und das erneute harte Urteil gegen Kremlkritiker Michail Chodorkowski in Russland Ende 2010 - ist das die richtige Richtung. Das Weimarer Dreieck braucht eine neue Agenda, wenn es nicht zu einem belanglosen Präsidenten- oder Außenminister-Treffen mit militärischen Ehren, Kutschfahrten und symbolischen Brücken-Überschreitungen verkommen soll. 1991, als das Gesprächsforum gegründet wurde, war seine Aufgabe klar umrissen: Deutschland und Frankreich wollten Polen auf seinem Weg in die NATO und die EU beistehen und später das Eingewöhnen in die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Strukturen des Westens erleichtern. Das ist gelungen. Polen ist heute ein vollwertiges und allseits anerkanntes EU- und NATO-Mitglied, das nun ähnliche Aufgaben übernehmen kann wie die „Dinosaurier“ im Club.

Gerade in den östlichen Nachbarländern Polens, also an der EU- und NATO-Außengrenze, ist in den letzten Jahren einiges in Bewegung geraten. Trotz Rückschlägen und Volten orientieren sich diese Staaten mehr und mehr an Demokratie und Marktwirtschaft, wie sie in der EU üblich sind. Selbst in Weißrussland ist einiges in Bewegung geraten. Weniger auf Seiten von Präsident Lukaschenko, denn auf der der Opposition. Noch ist zwar ungewiss, ob sie sich angesichts der gefälschten Präsidentschaftswahlen mobilisieren kann und mehr Anhänger gewinnen wird. Doch die Chancen dazu stehen nicht schlecht. Russlands Zickzackkurs ist nach wie vor schwer einzuschätzen. Zwar machte das Urteil gegen Chodorkowski alle Hoffnungen auf eine Modernisierung hin zum Rechtsstaat zunichte, dennoch nimmt der Kreml seit einiger Zeit ganz klar Kurs auf den Westen. Besonders sichtbar wird dies in den zahlreichen positiven Gesten gegenüber Polen. Auch Moskaus angestrebte engere Zusammenarbeit mit EU und NATO sind gute Zeichen.

Deutschland, Frankreich und Polen sind diejenigen Länder in der EU, die traditionell am stärksten an Osteuropa interessiert sind und seit Jahren eine eigenständige Ostpolitik betreiben. Dabei ist Paris vor allem an einer strategischen Partnerschaft mit Russland gelegen, Berlin bemüht sich, mit allen osteuropäischen Anrainerstaaten gute Beziehungen zu pflegen, während sich Warschau vor allem als Fürsprecher der ehemaligen Ostblockstaaten in EU und

NATO versteht und deren Interessen auch lautstark gegenüber Russland verteidigt. Es wäre sinnvoll, diese drei Politikansätze zu bündeln und eine gemeinsame Ostpolitik zu verfolgen, die sich einen „Wandel durch Annäherung“ und später auch den „Wandel durch Verflechtung“ zum Ziel setzen würde. Polen, das über Jahre hinweg einer solchen Demokratisierungsstrategie skeptisch gegenüberstand, sieht heute mehr und mehr die Vorteile einer derartigen „Politik der kleinen Schritte“ und würde sie mittragen.

Im Mai 2009 wurde auf Initiative Polens und Schwedens die „Östliche Partnerschaft“ als neue EU-Strategie gegenüber den sechs Nachbarstaaten Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, der Ukraine und Weißrussland geschaffen. Auch wenn eine EU-Mitgliedschaft nicht explizit in Aussicht gestellt wurde, so ist das Ziel doch eine weitgehende politische und wirtschaftliche Assoziation dieser Länder an die EU. Russland wiederum ist durch ein (neu zu verhandelndes) Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU verbunden.

Für alle EU-Mitglieder sichtbar wurde das östliche Engagement der drei Länder des Weimarer Dreiecks in bisherigen Konfliktsituationen - während der Orangen Revolution in der Ukraine, später auch, als Russland der Ukraine den Gashahn zudrehte und Polen mit einem Getreide- und Fleischembargo belegte, schließlich beim Georgienkrieg im August 2008.

Damals allerdings waren die Aktionen Frankreichs, Deutschland und Polens nur teilweise koordiniert, da es noch keine Einigung auf eine gemeinsame Ostpolitik innerhalb des Weimarer Dreiecks gab.

Der damalige polnische Präsident Lech Kaczynski flog gar mitten im russisch-georgischen Krieg mit dem ukrainischen Präsidenten Juschtschenko, dem litauischen Präsidenten Adamkus und anderen mitteleuropäischen Politikern in die georgische Hauptstadt Tiflis und erklärte dort: „Wir sind hier, um den Kampf aufzunehmen. [...] Uns ist völlig klar, dass erst Georgien dran ist, dann die Ukraine, die baltischen Republiken, und schließlich kommt die Zeit für mein Land, für Polen.“

Zur gleichen Zeit handelte Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy in Moskau einen Waffenstillstand aus. Bundeskanzlerin Angela Merkel machte ihren Einfluss in Osteuropa geltend und unterstützte Sarkozy bei seiner Friedensmission. Direkt im Anschluss an den Georgienkrieg vereinbarte Polen mit den USA die Installation von Teilen des US-amerikanischen Raketenschutzschildes und die Aufstellung von Patriot-Raketen auf polnischem Boden. Russland beantwortete dies umgehend mit der Drohung, im Kaliningrader Gebiet Iskander-Raketen zu stationieren und auf Polen auszurichten.

Mit einer solch unkoordinierten Politik erreicht man nicht viel. Inzwischen - im Jahr 2011 - ist die Situation entschärft. Sowohl die USA als auch Russland

haben ihre Raketen-Pläne ad acta gelegt. Der Georgien-Konflikt aber hat allen EU- und NATO-Staaten vor Augen geführt, wie schnell die Ängste der neuen mitteleuropäischen Mitglieder zur Verschärfung einer Krisensituation führen können.

Das Weimarer Dreieck, das sich einer aktiven Ostpolitik verschreiben würde, könnte solchen Situationen nicht nur vorbeugen oder sie rascher entschärfen, sondern zu einer neuen Ausgangslage führen. Eine friedliche Zusammenarbeit würde allen zu Gute kommen, sowohl der EU, als auch Russland sowie den Staaten der Östlichen Partnerschaft. Auf der Agenda der regelmäßigen Zusammenkünfte gemäß der Formel „3+1“ würden dann Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik stehen, der Energie- und Umweltpolitik bis hin zu sofort umsetzbaren Projekten wie dem Jugendaustausch, Städte- und Regionalpartnerschaften sowie engeren Kulturkontakten.

GABRIELE LESSER ist Journalistin, Publizistin und Historikerin. Seit 1995 schreibt sie als Osteuropa-Korrespondentin für *die tageszeitung* in Berlin und *Der Standard* in Wien.

Weimar, un tremplin vers l'Est pour Paris*

► JEAN-LOUIS DE LA VAISSIÈRE

Vu des bords de la Seine, même si on ne le proclame pas, le Triangle de Weimar n'a ni le même prix ni la même réalité tangible que vu des bords de la Spree ou encore moins de la Vistule. La Pologne est sans nul doute un pays très aimé à Paris. La France aime à croire que les Polonais voient en elle l'ami privilégié qui a toujours soutenu ses luttes, alors même qu'ils accordent leur préférence aux Etats-Unis. Malgré une histoire presque romantique entre les deux nations européennes, il y a en réalité un désert culturel franco-polonais. Après Jean Paul II et Solidarność, on a peu parlé de la Pologne dans les médias français. Quant au «Triangle», il est totalement inconnu du grand public en France.

La revitalisation depuis début 2010, à l'initiative surtout de Berlin, de cette «momie» qu'était Weimar sous les frères Kaczyński, est perçue comme une bonne opportunité pour les intérêts de la France et de l'Europe à l'Est. Et ceci encore davantage si le Triangle venait à s'intégrer dans un «projet commun» associant l'UE et la Russie, projet caressé par le président Nicolas Sarkozy. Certes, un sommet du Triangle est programmé en Pologne en février. Mais le sommet de Deauville,

mi-octobre 2010, entre Angela Merkel, Nicolas Sarkozy et Dmitri Medvedev, illustre bien davantage la priorité de la France.

Sans rejeter l'OTAN, Paris est prudemment intéressé par «l'architecture commune de sécurité» proposée par le président russe. Selon les dirigeants français, le moment est opportun pour ancrer la Russie à l'Europe, renforcer sa vocation européenne, et ceux-ci espèrent des retombées énergétiques, stratégiques et économiques pour l'Europe, et donc également pour la Pologne. Dans ce contexte pour Paris, le Triangle de Weimar ne peut avoir qu'un «win win effect» à de nombreux égards. Un expert du dossier confiait: «après l'élargissement (à la Pologne) qu'il avait contribué à faciliter en 2004, on aurait dû dire à Weimar ciao, et Weimar aurait disparu. Or, maintenant, il a repris tout son intérêt.» Ceci d'autant plus que le gouvernement polonais n'entrave plus, par des querelles, des vexations et des revendications, l'intérêt supérieur du partenariat avec le Kremlin.

** Tous les textes de cette publication sont issus de la « Rencontre de journalistes franco-germano-polonaise - Le Triangle de Weimar : une nouvelle dynamique au service de l'Europe ? » organisée du 5 au 7 septembre 2010 par la Fondation Genshagen, avec l'aimable soutien du Ministère fédéral des Affaires étrangères.*

Le Triangle de Weimar demeurera certes toujours secondaire par rapport aux intérêts prioritaires de la France: du couple franco-allemand à la relation spéciale à la Grande Bretagne, de la vocation française vers la Méditerranée, l'Afrique et le Proche-Orient à la présidence du G8/G20 à laquelle elle attribue la plus haute importance. Cependant, plusieurs facteurs militent nouvellement pour que la France joue la carte de Weimar.

Ce forum de coopération, que Paris tient à garder léger, sans structures ni moyens importants, au grand dam de Varsovie, permet de tirer profit de l'élan de la dynamique propre de Berlin et de Varsovie en Europe centrale et de l'Est. Il a par ailleurs l'avantage accessoire de desserrer un peu l'étau de l'étroite coopération avec Berlin.

La main tendue à la Russie du Premier ministre Donald Tusk a suscité un intérêt particulier à Paris, de même que la présence russe et ukrainienne lors des dernières rencontres des trois chefs de la diplomatie au premier semestre 2010 à Bonn et à Paris. C'est Bernard Kouchner qui a eu l'idée d'associer entièrement Sergueï Lavrov à la rencontre de juin à Paris, idée accueillie favorablement par Radosław Sikorski. Mais ce sont MM. Sikorski et Lavrov qui ont proposé à Bernard Kouchner et Guido Westerwelle d'assouplir dans un cadre européen le régime des visas pour l'enclave russe de Kaliningrad et ses zones frontalières polonaises: un petit dossier

mais significatif, qui confirme à Paris qu'il existe une dynamique propre russo-polonaise.

Par le biais du Triangle, la France, comme l'Allemagne, voit la possibilité d'améliorer les relations avec l'Ukraine, partenaire clé qu'il s'agit selon ses dirigeants d'associer à l'Europe sans l'y faire entrer. Weimar peut-être un pont, un espace de «confidence building» là où se dressait auparavant un mur de rancœurs? Paris voit le «partenariat oriental» dans lequel Varsovie est très engagé et le «groupe de Visegrad» comme des portes d'entrée vers l'Europe orientale, à la manière dont l'Union pour la Méditerranée constitue pour Berlin et Varsovie une porte d'accès vers le sud. Les dirigeants français nourrissent l'espoir de pousser en avant la démocratie (Biélorussie) et le règlement des conflits gelés (Transnistrie, Géorgie, Karabakh). On est cependant encore loin du compte.

Par ailleurs, on se félicite à Paris de l'engagement européen de la Pologne, «pas seulement pour passer à la caisse». Varsovie est jugé «sérieux, engagé, volontaire». Les fondamentaux de l'économie polonaise sont sains, elle est peu endettée, candidate à l'Eurogroupe à l'horizon 2017. Elle est moins traversée que d'autres anciens Etats communistes par des accès de nationalisme et de racisme.

Depuis l'entrée en vigueur du Traité de Lisbonne qui a étendu le vote à la majorité qualifiée et alors que Paris affûte ses armes pour la prochaine bataille sur les perspectives budgétaires dans un contexte d'austérité, il est utile d'avoir Varsovie, première puissance économique des ex-démocraties populaires, le plus souvent possible avec soi, et même, s'il le faut, contre l'Allemagne. La France soigne la Pologne qui assumera au 2ème semestre 2011 la présidence tournante de l'Union européenne. Elle croit déceler des intérêts communs comme la défense de la politique agricole commune (PAC). Au niveau de la politique énergétique : la coopération entre les deux pays concernant le programme nucléaire civil polonais est prometteuse. Sur le plan de la politique extérieure, la France apprécie l'intérêt manifesté par Varsovie à progresser sur la politique européenne de sécurité et de défense, par exemple à travers la mise en place d'un groupement tactique de Weimar qui devrait être opérationnel en 2013. Paris est également conscient de l'importance de la voix de la Pologne dans la formulation d'une position européenne dans le cadre des négociations internationales sur le climat.

La France semble avoir donc retrouvé un intérêt pour cette plate-forme trilatérale. Le trio de Weimar a-t-il pour autant vocation à devenir un axe stratégique, une colonne vertébrale de l'Europe? Faut-il en voir un signe dans le fait que le Service européen d'action extérieure de Lady Ashton est désormais doté d'un secrétaire général français flanqué d'adjoints allemand et polonais en plus d'un Irlandais.

La France voit les choses de manière plus pragmatique. Weimar, au-delà des échanges universitaires et des programmes culturels limités, malgré une visibilité minimale et un léger manque de «glamour», demeure utile comme tremplin vers l'Est et pour le règlement des conflits d'intérêt – franco-allemands, germano-polonais – à venir. Dans ces cas-là, il n'est jamais inutile d'être trois plutôt que deux...

JEAN-LOUIS DE LA VAISSIÈRE, est journaliste à l'Agence France-Presse. Il est actuellement correspondant diplomatique.

Le Triangle au sein de l'appareil

► MAREK OSTROWSKI

C'est en vain que l'on cherche des informations sur le Triangle de Weimar sur le site de Wikileaks. De toute évidence, aucun pirate informatique ne s'y intéresse ; la coopération franco-germano-polonaise n'est nullement menacée par de telles indiscretions. En 1991, le Triangle était une bonne idée afin que des membres de longue date épaulent la Pologne, alors candidate à l'adhésion à l'Union européenne (UE). Le Triangle a depuis rempli ses fonctions. Il se restreint aujourd'hui à de rares rencontres organisées au plus haut niveau étatique. Qui est-ce que cela pourrait-il donc encore intéresser ? En tant que commentateur polonais, j'observe avec une certaine jalousie l'intense coopération franco-allemande qui englobe des consultations gouvernementales fréquentes et régulières, des échanges téléphoniques entre ministres quasi-journaliers, des échanges de jeunes, la chaîne de télévision commune ARTE, une étroite coopération scientifique ainsi que de nombreux projets économiques. Il est évident que la France et l'Allemagne ne sont pas seulement le moteur de l'UE, ces pays sont aussi clairement plus grands que la Pologne. Le potentiel économique des pays du Triangle équivaut environ à des proportions de sept pour huit pour un.

Depuis Varsovie, c'est donc dans la position du solliciteur que nous écrivons, un rôle qui n'est jamais très agréable. Une chose est certaine : ce Triangle n'est pas isocèle. Les relations de la Pologne avec ces deux partenaires sont certes très vivantes et Varsovie continue de les entretenir. Mais existe-t-il un domaine dans lequel ces trois pays sont réellement indispensables « ensemble » ? La question s'adresse en premier lieu à Paris et Berlin : lors de vos rencontres, Varsovie vous est-elle utile pour quelque chose ? La réponse est apparemment tout sauf évidente. Indéniablement, on trouve dans le cadre de l'UE des groupes d'intérêts ainsi que des dimensions différentes (on peut citer les dimensions nordique, méditerranéenne, ibérique). Aussi, pourquoi ne pas profiter du Triangle étant donné que ce dernier a déjà été mis en place et qu'une bonne douzaine de rencontres – certes peu pour tant d'années – lui ont été consacrées ?

On dit à Bruxelles que 90% de l'appareil de l'UE est occupé à maîtriser la crise économique, ce qui laisse peu d'espace de réflexion pour aborder d'autres thèmes. Malgré la crise, l'UE reste un organisme vivant dont le mécanisme doit être actionné par des institutions.

Evoquons par exemple le service diplomatique actuellement en formation sous la direction du Français Pierre Vimont et de l'Irlandais David O'Sullivan (leurs nationalités ont-elles une signification ?) qui emploiera, à titre de rappel, de 5 000 à 6 000 fonctionnaires dans 136 dépendances (délégations) sur toute la planète. On ne peut pas parler d'un faible contingent. Lady Ashton qui dirige ce service sera la «Ministre des Affaires étrangères» de l'UE, tout en n'étant pas réellement autonome, étant donné qu'elle aura pour supérieur le président de la Commission et comme partenaires les présidents du Parlement et du Conseil. Comment, face à ce nouvel appareil, se positionneront les gouvernements des pays membres, leurs ministres des Affaires étrangères et les représentations diplomatiques qui entretiennent également des relations bilatérales avec ces 136 pays ? Nous nous trouvons face à un immense appareil de consultations au sein duquel chacun cherche à conserver son influence et ne souhaite pas forcément parler d'une seule voix. Comment serait-il possible d'intégrer également le Triangle de Weimar au sein d'un tel appareil ?

Le Triangle peut selon moi remplir au moins trois fonctions que je décrirai ci-après : limiter les désaccords entre partenaires, soutenir des efforts communs à l'Est du continent mais aussi faciliter la formation d'un *demos* européen. Tout d'abord, on peut se demander ce qui empêcherait la tenue de rencontres régulières au sommet du Triangle ainsi qu'au niveau des gouvernements. Le temps qu'on y perd ? Un

dialogue régulier et institutionnalisé (avec un groupe réduit de diplomates qui suivent toujours un dossier précis) donne de bien meilleurs résultats que des rencontres espacées dans le temps qui n'ont lieu qu'à certaines occasions. Il faut instaurer une structure et un rythme. Ces discussions permettront de constater des intérêts divergents qu'il ne faut pas craindre mais au contraire rendre publics. Le budget de l'UE pour les sept années à venir engendrera à coup sûr des conflits. La France et la Pologne soutiennent toutes les deux une politique agricole assez courageuse alors que l'Allemagne est plus réservée. Les visions sur la politique énergétique sont également très différentes, particulièrement pour ce qui est de la filière charbon. Le Triangle peut tout à fait constituer un lieu de confrontation des différentes opinions au sein de l'UE. Et il ne serait pas le seul. Si les autres pays observent bien sûr avec un certain mécontentement les consultations des autres, tous les sujets traités au niveau de l'UE atterrissent à la fin sur un bureau commun.

Comment mieux coordonner une orientation vers l'est, principalement en direction de la Russie mais également en direction de l'Ukraine et du Kazakhstan ? S'il est compréhensible que la France ait plus d'intérêts sur les bords de la Méditerranée, il n'en reste pas moins vrai que ces trois pays développent leurs intérêts à l'est. Les instruments communs mis en place par l'Union englobent le Partenariat Oriental ainsi que le Partenariat pour la modernisation.

Varsovie comprend que le soutien financier apporté aux marges de l'UE se répartit pour des raisons historiques à l'est et au sud du continent selon un rapport de 30 pour 70. Il serait cependant possible d'entreprendre davantage à l'est, et ce tout en conservant les mêmes proportions budgétaires et malgré les différences de contenu. Au sud du continent, l'UE concentre son action sur des projets d'infrastructure tandis qu'à l'est, des programmes politiques sont principalement poursuivis. Dans ce cadre, un programme spécifique avec la Russie qui aurait une portée symbolique s'impose.

Le Kaliningrad d'aujourd'hui, l'ancien « Königsberg », la ville de Kant, est depuis longtemps un thème de discussion à la rédaction de « Polityka ». A la place d'un cimetière portuaire pour porte-avions rouillés mis de côté, cette enclave pourrait devenir le Honkong russe d'Europe. La Pologne souhaite que l'on facilite la délivrance de visas européens pour les habitants de cet Oblast. Il serait envisageable d'y établir une université européenne financée conjointement par la Russie et l'UE et qui constituerait ainsi une importante plateforme de coopération. On comprend qu'il serait difficile pour l'Allemagne seule de faire des propositions concernant l'ancien Königsberg. De leur côté, les relations de la Pologne avec Moscou s'améliorent constamment et la Pologne est voisine de cette enclave. Une participation française viendrait soutenir le caractère international d'une telle entreprise.

Venons-en au *demos*. L'UE est une nécessité pour ces trois pays, et ce pas seulement d'un point de vue mercantile. Il existe de nombreuses bonnes raisons, envisageons-en quelques-unes. L'importance de l'UE pour les Allemands tient à leur éducation civile européenne ainsi qu'à leur passé historique complexe. La France a besoin de l'UE pour compenser la position faiblissante de sa langue. Quant à la Pologne, le partenaire le plus faible du Triangle, elle a besoin de l'Union pour utiliser pour elle-même la puissance de celle-ci dans le monde. L'Union européenne traverse de son côté une crise et se trouve menacée comme lors de toute crise par la fièvre de l'euroscepticisme. Cette dernière s'aggrave actuellement et pourrait engendrer une renationalisation. Les égoïsmes nationaux et les initiatives individuelles des Etats nationaux sont source de nombreux conflits et entravent les projets de coopération. Il est bien connu que les dirigeants sont rarement des visionnaires. Quand ils agissent, c'est sous la pression de l'opinion publique, poussés par des intérêts qu'ils croient être ceux du plus grand nombre. C'est pourquoi la difficile mise en place d'un *demos* européen est si importante. Pourtant, le pessimisme reste de mise : comment une opinion publique européenne peut-elle voir le jour s'il n'y a même pas de cuisine commune européenne ?

L'émergence d'un *demos* européen ne peut pas être imposée. Si bien même les élites de certains pays comprennent la nécessité de l'UE et vivent avec l'espoir de son maintien, il n'existe pas de soutien large ancré au sein de la société. Malgré tout, nous devons continuer à croire que les actions menées au niveau symbolique donnent des résultats. Je me réfère avec respect et admiration à l'ancien ministre de la Défense allemand Volker Rühe qui organisa dans les années 90 une prestation de serment commune pour des recrues allemandes et polonaises. Les jeunes hommes se faisaient face, « se regardaient dans les yeux », comme me l'a raconté Volker Rühe il y a de ça des années et prononçaient leurs serments pour leurs pays. On peut supposer qu'ils comprenaient la valeur et le sens d'un *demos* européen à cet instant.

Des idées semblables devraient émerger des rencontres dans le cadre du Triangle de Weimar, de celles des chefs d'Etats à Weimar ou ailleurs, ou encore de celles se déroulant au Château de Genshagen. Les mots qui y sont échangés n'ont peut-être pas une grande portée mais ils comptent néanmoins. Le Triangle de Weimar pourrait – peut-être à l'initiative de Genshagen – rassembler un cercle restreint de personnalités reconnues qui encourageraient un travail trilatéral faisant appel une fois par an ou plus au «monde des Idées» et serviraient de force de proposition intellectuelle pour les palais présidentiels et autres chancelleries. On ne partirait en tout cas pas de zéro.

MAREK OSTROWSKI, journaliste et éditorialiste, est chef du service international de *Polityka*, un hebdomadaire polonais politique majeur.

L'Avenir du Triangle de Weimar se trouve à l'Est

► GABRIELE LESSER

Quand les hommes politiques affirment à voix haute : « Le Triangle de Weimar vit ! », on peut partir du principe qu'en réalité, il est bien mort. En effet, le forum de discussion franco-germano-polonais n'a pas donné beaucoup de signes de vie ces dernières années. Pourtant, les hommes politiques ne veulent pas renoncer à leur « relation » déjà quelque peu refroidie. Ainsi, ils se rencontrent de temps à autres, sans avoir grand-chose à se dire. Au sein de la société civile depuis une dizaine d'années, c'est également le silence complet. L'un des derniers débat trilatéral a eu pour objet la chaîne de télévision franco-allemande ARTE à laquelle la Pologne souhaitait participer. Or, pour des raisons budgétaires, ce projet ambitieux n'a pas abouti et a laissé un goût amer.

En avril 2010, le ministre des Affaires étrangères allemand, Guido Westerwelle, a innové en conviant à une réunion non seulement ses collègues français et polonais, comme de coutume, mais également Konstantin Hryschtschenko, le Ministre des Affaires étrangères de l'Ukraine, comme invité exceptionnel. Les discussions autour des questions de politique énergétique et de sécurité étaient tellement stimulantes qu'à peine deux mois plus tard, le ministre

des Affaires étrangères français, Bernard Kouchner, a organisé lui aussi une rencontre du Triangle de Weimar en conviant cette fois-ci le ministre des Affaires étrangères de Russie, Sergej Lawrow à la rencontre tripartite. A l'issue de cette entrevue, Kouchner pouvait à peine contenir son enthousiasme et se réjouissait de cette rencontre « nécessaire et passionnante ».

Malgré certains revers – comme notamment les élections présidentielles falsifiées en décembre 2010 en Biélorussie ou la lourde condamnation de Michail Khodorkovski, opposant du Kremlin, en Russie fin 2010 – il s'agit de la bonne direction. Le Triangle de Weimar a besoin d'un nouvel agenda s'il ne veut pas être réduit à de simples rencontres de présidents ou de ministres des Affaires étrangères sans intérêt, avec honneurs militaires, cortèges et traversées symboliques de ponts. En 1991, lorsque ce forum de discussion a été instauré, sa mission était clairement définie : la France et l'Allemagne voulaient soutenir la Pologne sur son chemin vers l'OTAN et l'UE et l'aider à se familiariser avec les structures politiques, économiques et militaires de l'Ouest. Cet objectif est aujourd'hui atteint. La Pologne est un membre à part entière et respecté de l'UE et de l'OTAN. Elle est désormais en mesure d'assurer les mêmes responsabilités que celles qu'assurent les « dinosaures » du Club.

Dans les pays voisins orientaux de la Pologne, aux frontières extérieures de l'UE et de l'OTAN, on note ces dernières années une évolution. Malgré les revers et différents retournements, ces Etats s'orientent de plus en plus vers la démocratie et l'économie de marché, telles qu'elles sont en vigueur au sein de l'UE. Même en Biélorussie on note une évolution, non pas au niveau présidentiel mais du côté de l'opposition. Il est encore trop tôt pour dire si celle-ci va réussir, suite aux élections présidentielles falsifiées, à mobiliser et à élargir ses rangs, mais l'espoir reste permis. S'agissant de la Russie, son évolution en dent de scie reste toujours difficile à cerner. Si la condamnation de Michail Khodorkovski a ruiné tous les espoirs d'une modernisation vers plus d'Etat de droit, le Kremlin maintient cependant clairement son cap vers l'Ouest depuis quelques années. Les nombreux gestes positifs à l'encontre de la Pologne en sont l'illustration, tout comme la coopération étroite souhaitée par Moscou avec l'UE et l'OTAN.

Au sein de l'UE, la France, l'Allemagne et la Pologne sont traditionnellement les pays, dont l'intérêt pour l'Europe de l'Est est le plus prononcé : depuis plusieurs années, les trois capitales mènent une politique orientale autonome. Si Paris est avant tout intéressé par un partenariat stratégique avec la Russie, Berlin s'efforce de son côté à entretenir de bonnes relations avec tous les pays limitrophes est-européens tandis que Varsovie se perçoit surtout comme porte-parole des pays de l'ancien bloc de l'Est

au sein de l'UE et de l'OTAN et défenseur de leurs intérêts face à la Russie. Il serait judicieux de combiner ces trois politiques et de mener une politique orientale commune qui aurait comme premier objectif « la transformation par le rapprochement » pour ensuite avancer vers « la transformation par l'interdépendance ». La Pologne qui pendant des années s'est montrée sceptique vis-à-vis d'une telle stratégie de démocratisation perçoit aujourd'hui les avantages de cette « politique des petits pas » et serait prête à y contribuer.

Le Partenariat Oriental, la nouvelle stratégie de l'UE vis-à-vis des six pays voisins, l'Arménie, l'Azerbaïdjan, la Géorgie, la Moldavie, l'Ukraine et la Biélorussie, a été instauré en mai 2009 suite à une initiative commune de la Pologne et de la Suède. Si la possibilité d'une future adhésion à l'UE n'a pas été explicitement abordée, l'objectif est d'associer le plus étroitement possible, sur le plan économique et politique, ces pays à l'UE. Avec la Russie, l'UE a mis en place un Accord de partenariat et de coopération (qui reste à renégocier).

C'est lors des dernières situations de conflit que l'engagement des trois pays du Triangle de Weimar à l'Est est devenu particulièrement visible pour tous les membres de l'UE : lors de la « Révolution orange » en Ukraine, du conflit gazier entre la Russie et l'Ukraine, de l'embargo russe sur les céréales et les viandes polonaises, enfin lors de la guerre en Géorgie en août 2008.

Si les trois pays se sont montrés particulièrement engagés, leur action n'était que partiellement coordonnée faute d'accord sur une politique orientale commune dans le cadre de Weimar.

Le Président polonais de l'époque, Lech Kaczyński, s'est même rendu à Tbilissi, la capitale géorgienne, au cours de la guerre russo-géorgienne, accompagné du Président ukrainien Iouchtchenko, du Président lituanien Adamkus et d'autres hommes politiques d'Europe centrale et y a déclaré : « Nous sommes ici pour mener le combat. [...] Nous avons bien conscience que ce sera d'abord le tour de la Géorgie, puis de l'Ukraine et des Républiques baltes, et finalement, le moment viendra pour mon pays, la Pologne. »

Dans le même temps, le Président français Nicolas Sarkozy négociait un cessez-le-feu à Moscou. La Chancelière Angela Merkel faisait valoir son influence en Europe de l'Est et soutenait Nicolas Sarkozy dans sa mission de paix. A l'issue de la guerre en Géorgie, la Pologne et les Etats-Unis s'accordaient sur l'installation d'une partie du bouclier antimissile américain et du stationnement de missiles Patriot sur le sol polonais. En réponse, la Russie menaçait immédiatement de déployer des missiles Iskander dirigés vers la Pologne sur le territoire de Kaliningrad.

Une politique aussi peu coordonnée ne peut produire de réels résultats. Depuis, les tensions sont retombées. Les Etats-Unis et la Russie ont tous deux renoncé à leurs plans de stationnement de missiles.

Cependant, lors du conflit en Géorgie il est apparu clairement à tous les Etats membres de l'UE et de l'OTAN, que les craintes des nouveaux membres d'Europe centrale pouvaient très rapidement aggraver une situation de crise.

Si le Triangle de Weimar parvenait à mener activement une politique orientale commune, il serait non seulement en mesure de prévenir ou de désamorcer plus rapidement de telles crises, mais pourrait également générer une nouvelle situation de départ. Une coopération plus sereine représenterait un gain pour tous : pour l'UE comme pour la Russie ou les Etats du Partenariat oriental. Lors de rencontres régulières sur le format «3+1», il faudrait mettre à l'ordre du jour les questions de politique de défense et de sécurité, de politique énergétique et environnementale, ainsi que des projets réalisables à très court terme tels que les échanges de jeunes, les jumelages, les partenariats régionaux ou bien encore le renforcement de la coopération culturelle.

GABRIELE LESSER est journaliste et historienne. Depuis 1995, elle est correspondante pour l'Europe de l'Est pour *die tageszeitung* à Berlin et *Der Standard* à Vienne.

Weimar - paryska trampolina na Wschód*

► JEAN-LOUIS DE LA VAISSIÈRE

Choć nie mówi się o tym otwarcie, Trójkąt Weimarski nie odgrywa nad Sekwaną tak dużej roli i nie jest tu tak obecny jak nad Szprewą, czy tym bardziej nad Wisłą. Polska jest niewątpliwie krajem bardzo lubianym w Paryżu. Francuzi żywią przekonanie, że są przez Polaków postrzegani jako przyjaciele od zawsze wspierający ich w historycznych bojach, mimo że sami Polacy widzą w tej roli raczej Stany Zjednoczone. Pomimo tego, że Polskę i Francję łączy wspólna, niemalże romantyczna historia, na polsko-francuskiej płaszczyźnie kulturalnej panuje pustka. Po okresie zainteresowania Polską w związku z pontyfikatem Jana Pawła II oraz ruchem Solidarności, mało się o niej mówi we francuskich mediach. „Trójkąt Weimarski” jest francuskiej opinii publicznej już zupełnie obcy.

Ożywienie Trójkąta Weimarskiego, „zmumifikowanego” w okresie rządów braci Kaczyńskich, nastąpiło na początku 2010 r. głównie dzięki inicjatywie Niemiec. Paryż widzi w nim szansę dla francuskich jak i europejskich interesów na Wschodzie. Tym bardziej jeśli udałoby się wpisać Trójkąt we „wspólny projekt” integracji Rosji z Unią, w którym to prezydent Sarkozy pokłada pewne nadzieje. Kolejny szczyt weimarski odbędzie się w Polsce w lutym, jednak dla

francuskich priorytetów ważniejszy był szczyt w Deauville w połowie października 2010 r. z udziałem Angeli Merkel, Nicolasa Sarkozy’ego i Dmitrija Miedwiediewa.

Paryż jest zainteresowany proponowaną przez rosyjskiego prezydenta „wspólną architekturą bezpieczeństwa”, ale podchodzi do projektu ostrożnie, nie chcąc podważać znaczenia NATO. Według rządu francuskiego nadszedł odpowiedni moment, żeby silniej związać Rosję z Europą i wzmocnić jej europejskie inklinacje. Prezydent ma nadzieję, że takie rozwiązanie da wymierne korzyści energetyczne, strategiczne i ekonomiczne Europie, a tym samym także Polsce. Z francuskiej perspektywy Trójkąt Weimarski może na tym obszarze przynieść obu stronom jedynie pożytek. Jak podkreśla jeden z dyplomatów: „Trójkąt, który miał za zadanie ułatwić Polsce przystąpienie do Unii Europejskiej, powinien być po 2004 r. stracił rację bytu. Mimo to odzyskał znaczenie.” Zwłaszcza teraz, kiedy rząd polski przestał przedkładać politykę konfliktów, upokorzeń i roszczeń wobec Kremla nad, o wiele ważniejsze przecież, partnerstwo z Rosją.

** Niniejsza publikacja powstała w związku z konferencją „Polsko-niemiecko-francuskie rozmowy dziennikarzy: Trójkąt Weimarski – nowe impulsy dla Europy?” zorganizowaną przez Fundację Genshagen w dniach 5-7 września 2010 r. i finansowaną przez Niemiecki Resort Spraw Zagranicznych.*

Trójkąt Weimarski zawsze będzie odgrywał drugorzędną rolę wobec priorytetowych celów politycznych Francji: dwustronnej współpracy z Niemcami, szczególnych stosunków z Wielką Brytanią, zaangażowania w obszarze Morza Śródziemnego, w Afryce i na Bliskim Wschodzie oraz prezydencji w grupie G8/G20, do której Francja przykładą największą wagę. Tym niemniej, od jakiegoś czasu wiele przemawia za tym, żeby zagrać kartą Weimaru.

Francji, ku rozczarowaniu Polaków, zależy na utrzymaniu niezobowiązującej formy współpracy w ramach Trójkąta, bez tworzenia struktur instytucjonalnych i nakładów finansowych; tak czy inaczej skorzysta ona na zaangażowaniu Berlina i Warszawy w Europie Środkowej i Wschodniej. Dodatkowo, trójstronna współpraca pozwoli na pewne rozluźnienie dość ciasnych więzów z Berlinem.

Zainteresowanie Paryża wywołały pojednawcze gesty premiera Donalda Tuska wobec Rosji, pozytywnie oceniana jest też obecność przedstawicieli Rosji i Ukrainy podczas spotkań szefów dyplomacji państw Trójkąta w Bonn i w Paryżu na przestrzeni ostatnich sześciu miesięcy. To Bernard Kouchner wpadł na pomysł zaproszenia Siergieja Ławrowa na lipcowe spotkanie do Paryża, na co przychylnie zareagował Radosław Sikorski. Ale to Sikorski i Ławrow zaproponowali wprowadzenie przez Unię ruchu bezwizowego dla Obwodu Kaliningradzkiego i jego stref przygranicznych. Kwestia niby niewielka, lecz świadcząca o istnieniu własnej, polsko-rosyjskiej dynamiki.

Zarówno Paryż, jak i Berlin, widzą we współpracy w ramach Trójkąta możliwość pogłębienia stosunków z Ukrainą, kluczowym partnerem, którego chcą związać z Europą, bez przyjmowania do Unii. Czy Trójkąt Weimarski może spełnić rolę pomostu, platformy budowania zaufania tam, gdzie wcześniej stał mur urazów i pretensji? Paryż widzi w Partnerstwie Wschodnim, w które mocno zaangażowana jest Warszawa, oraz w Grupie Wyszehradzkiej swoją przepustkę na Wschód, podobnie, Unia dla Śródziemnomorza stanowi dla Berlina i Warszawy dostęp do krajów Południa. Rząd francuski ma nadzieję na rozwój demokracji (Białoruś) i uregulowanie zadawnionych konfliktów (Naddniestrze, Gruzja, Karabach). Do tego jednak jeszcze daleka droga.

Paryż cieszy się też z zaangażowania Polski w Europie, i to „nie tylko dlatego, że wpłaca ona do wspólnotowej kasy”. Kraj ocenia się jako „poważny, zaangażowany i zdecydowany”. Polska gospodarka opiera się na solidnych fundamentach, zadłużenie jest niskie, a kraj chce przystąpić do strefy euro w 2017 r. Oprócz tego, Polska postrzegana jest jako mniej narażona na wpływy nacjonalizmu i rasizmu niż inne były kraje komunistyczne.

W obliczu tego, że po wejściu w życie Traktatu Lizbońskiego zwiększyła się liczba decyzji podejmowanych w drodze głosowania większością kwalifikowaną, oraz że Paryż mobilizuje siły przed następną walką o unijny budżet pod znakiem oszczędności – warto mieć Polskę, najsilniejszy gospodarczo kraj byłego bloku wschodniego, po swojej stronie tak często jak to możliwe. Czasem nawet, jeśli zaistnieje taka konieczność, wspólnie przeciw Niemcom.

Francja dba o stosunki z Polską, która w drugiej połowie 2011 r. obejmie prezydencję Rady UE. Wierzy, że obu krajom uda się znaleźć wspólne interesy, jak na przykład utrzymanie Wspólnej Polityki Rolnej (WPR). W sferze polityki energetycznej obiecując zapowiada się współpraca obu państw przy wdrażaniu programu polskiej energetyki jądrowej. Francja docenia też zainteresowanie Warszawy rozwojem europejskiej polityki bezpieczeństwa i obrony, w tym stworzeniem trójstronnej grupy bojowej, gotowej do pracy w 2013 r. Wiadomo też, że głos Polski będzie ważny w trakcie debaty na temat wspólnego stanowiska Unii w międzynarodowych negocjacjach klimatycznych.

Wydaje się zatem, że Francja ponownie jest zainteresowana trójstronną współpracą. Ale czy weimarskie trio jest powołane do tego, aby tworzyć strategiczną oś Europy? Czy tak należy interpretować fakt, że sekretarzem generalnym unijnej dyplomacji w gabinecie Lady Ashton został Francuz, a jego współpracownikami, obok Irlandczyka, Polak i Niemiec?

Francja podchodzi do sprawy pragmatycznie. Współpraca w ramach Trójkąta, ograniczająca się głównie do wymiany studentów i paru programów kulturalnych, choć mało spektakularna i słabo widoczna, może działać jak trampolina na Wschód i forum rozwiązywania przyszłych konfliktów na linii Francja-Niemcy i Niemcy-Polska. A takich spraw nie zaszkodzi omawiać we troje.

JEAN-LOUIS DE LA VAISSIÈRE pracuje jako dziennikarz dla AFP (Agence-France Presse), obecnie jako korespondent zagraniczny akredytowany przez Ministerstwo Spraw Zagranicznych Republiki Francuskiej.

Trójkąt w maszynerii

► MAREK OSTROWSKI

Próżno szukać przecieków o Trójkącie Weimarskim w Wikileaks. Na pewno żaden hacker się nim nie interesuje, żadna niedyskrecja ze współpracy Francji, Polski i Niemiec nikomu nie grozi. Trójkąt, dobry pomysł z 1991 r. na promowanie Polski - wówczas kandydata do Unii - przez starszych protektorów spełnił swoje zadanie i dziś ogranicza się do rzadkich spotkań na wysokim szczeblu. Kogo ma to interesować? Ponadto, jako komentator z Polski, z zazdrością patrzę na intensywność współpracy francusko-niemieckiej: regularne i częste konsultacje rządowe, niekiedy codzienne nawet rozmowy telefoniczne ministrów, wymianę młodzieży, telewizję ARTE, współpracę naukową, liczne wspólne projekty przemysłowe. To jasne. Francja i Niemcy są nie tylko motorem Unii, ale również krajami znacznie większymi od Polski. Potencjały gospodarcze kształtują się z grubsza jak 7 do 8 do 1, pod te liczby łatwo podstawić kraje Trójkąta.

Z Warszawy piszemy więc z pozycji petenta, co rzecz jasna nie jest miłe. Trójkąt bynajmniej nie jest równoramienny. Owszem z każdym z partnerów Polska ma żywe stosunki i zabiega o nie, ale czy istnieje jakiekolwiek pole, na którym trzeba trzech na raz? Punktem wyjścia pozostaje więc pytanie do Paryża i Berlina:

czy jak się razem spotykacie to Warszawa jest wam do czegoś przydatna? Odpowiedź chyba oczywista nie jest. Faktem pozostaje, że w ramach Unii Europejskiej funkcjonują rozmaite grupy i „wymiarzy” (północny, śródziemnomorski, iberyjski na przykład), dlaczego więc nie wykorzystać Trójkąta, który już powstał i poświęcono mu kilkanaście spotkań, bardzo niewiele przez te lata?

Mówią w Brukseli, że 90 proc. całego czasu aparatu unijnego pochłania zarządzanie kryzysowi gospodarczemu, nikt więc w praktyce nie ma głowy do niczego innego. Unia jednak, mimo kryzysu, pozostaje przecież żywym organizmem, którego napędem tak czy inaczej pozostają instytucje. Na przykład tworzona obecnie dyplomacja unijna pod dowództwem Francuza Pierre’a Vimonta i Irlandczyka Davida O’Sullivana (czy narodowości mają znaczenie?) ma - przypomnijmy - liczyć od 5 do 6 tysięcy urzędników w 136 placówkach (delegacjach) na całym świecie. To przecież nie mały kontyngent. Będzie podlegać Lady Ashton, która z kolei - jak rozumiemy - pozostaje „ministrem spraw zagranicznych” Unii, bynajmniej nie samodzielnym, bo ma swych zwierzchników w osobach przewodniczącego Komisji i partnerów w osobach przewodniczącego Rady, a może i przewodniczącego Parlamentu Europejskiego.

A gdzie w tym rządy krajów członkowskich, ich ministrowie spraw zagranicznych i ich placówki dyplomatyczne, też przecież działające w owych 136 krajach w relacjach bilateralnych? Widzimy więc ogromną maszynериę konsultacji i kompromisów, w których każdy chce zachować wpływy i niekoniecznie mówić jednym głosem z innymi. Jak do tej maszynerii konsultacji i kompromisów wcisnąć jeszcze Trójkąt Weimarski?

Moim zdaniem, Trójkąt może mieć przynajmniej trzy zadania: łagodzenie tarć między partnerami, wspólne przedsięwzięcia na Wschodzie i wspomaganie mozolnej budowy europejskiego demos. Naszkicuję te zadania po kolei. Po pierwsze, cóż szkodziłyby regularne spotkania Trójkąta na szczycie i także na szczeblu rządowym? Szkoda na nie czasu? Zwykle dialog zinstytucjonalizowany (z niewielką grupą dyplomatów, którzy stale śledzą dossier) przynosi lepsze rezultaty, niż rzadkie spotkania okazjonalne: trzeba struktury i rytmu. W dyskusjach nie wolno się bać skonstatowania, a nawet upublicznienia różnic interesów. Koperta budżetowa Unii na kolejne 7 lat budzi spory. Polska i Francja popierają śmielszą wspólną politykę rolną, Niemcy mniej, różne są spojrzenia na politykę energetyczną, stosunek do eksploatacji węgla. Niewątpliwie Trójkąt mógłby stać się jednym, przecież nie jedynym, miejscem ucierania się stanowisk w dyskusjach unijnych. Oczywiście wszystkie pozostałe kraje z niechęcią patrzą na konsultacje innych, ale w końcu sprawy i tak lądują na unijnym stole.

Jak zaprojektować bardziej skoordynowany marsz na Wschód - przede wszystkim ku Rosji, ale też Ukrainie, Kazachstanowi? Francja bardziej jest zorientowana ku Morzu Śródziemnemu, to zrozumiałe. Ale wszystkie trzy kraje rozwijają interesy na Wschodzie. Wspólnym instrumentem unijnym jest zarówno Partnerstwo Wschodnie jak i nowe - Partnerstwo dla Modernizacji. Polska rozumie, że z przyczyn historycznych nakłady finansowe Unii lokowane do krajów sąsiednich na Wschód i na Południe mają się jak 30 do 70. Na pewno jednak można zrobić na Wschodzie więcej nawet w ramach tych proporcji i nawet przy różnicach programowych. Na Południu Unia wspomaga projekty infrastrukturalne, na Wschodzie wspomaga programy polityczne. Trzeba tu projektu specjalnego z Rosją - o wymiarze symbolicznym.

W redakcji „Polityki” od dawna mówimy o Królewcu czyli dzisiejszym rosyjskim Kaliningradzie, dawnym Königsbergu, mieście Kanta. Zamiast rdzewiejącego zacumowanego lotniskowca mógłby to być rosyjski Hongkong przy Europie. Polska zabiega, by mieszkańcy tego okręgu mieli złagodzony reżim wizowy do krajów unijnych. Może by tam wspólnie z Rosją sfinansować nowy Uniwersytet Europejski, ważną platformę współpracy Unii i Rosji?

Niemcom ze zrozumiałych przyczyn nie bardzo wypadłoby proponować coś w Königsbergu w pojedynkę, Polska ma dziś coraz lepsze stosunki z Moskwą i sąsiaduje z tym miastem, Francja dawałaby gwarancje prawdziwego umiędzynarodowienia przedsięwzięcia.

Teraz *demos*. Każdy z naszych krajów potrzebuje Unii. Nie chodzi tylko o interesy merkantylne. Dobrych powodów jest bez liku, przytoczmy kilka. Niemcy ze względu na swe europejskie wychowanie obywatelskie i historyczne kompleksy. Francja choćby ze względu na słabnącą pozycję swego języka. Polska - najślabszy partner - choćby dlatego, by się w świecie podeprzeć siłą Unii. Jednak Unii - przeżywającej kryzys - grozi gorączka eurosceptycyzmu, którą każdy kryzys potęguje. Ta gorączka jest dziś silniejsza: może spotęgować niebezpieczeństwo renacjonalizacji polityk, umocnienie egoizmów narodowych i marsz państw narodowych w szyku luźnym, a więc takie rozkołysanie sporów, które wywołają zupełne zniechęcenie współpracą. Jak wiadomo, przywódcy rzadko są wizjonerami, jeśli działają, to tylko pod naciskiem opinii publicznej, popychani przez takie interesy, które czuje szersza społeczność. Dlatego tak ważne jest mozolne budowanie europejskiego *demos*. Oczywiście, łatwo zgłosić wątpliwości: jak może zaistnieć choćby europejska opinia publiczna, skoro nie istnieje nawet europejska kuchnia?

Rzecz jasna, procesu budowania *demos* nie można zadekretować. Nawet jeśli

elity intelektualne poszczególnych krajów czują potrzebę Unii i żywią nadzieję jej podtrzymania, to tak daleko sięgająca inżynieria społeczna nie istnieje. Jednak wierzymy, że działanie w przestrzeni symbolicznej odnosi jakieś skutki. Z szacunkiem i podziwem odnosiłem się do dawnego ministra obrony narodowej Niemiec, Volkera Rühe, który zorganizował w latach 90. uroczystość przysięgi wojskowej żołnierzy - wtedy jeszcze poborowych - wspólną dla rekrutów z Niemiec i z Polski. Młodzi mężczyźni stali naprzeciw siebie - „patrzac sobie w oczy”, jak mi powiedział Rühe przed laty - i powtarzali rotę przysięgi służenia swym demokratycznym krajom. Śmiem przypuszczać, że musieli wtedy myśleć o wartości i sensie europejskiego *demos*.

Spotkania w ramach Trójkąta Weimarskiego - i te przywódców w Weimarze czy gdzie indziej - i te w Pałacu w Genshagen, na innym szczeblu, powinny owocować podobnymi pomysłami. Słowa tam wypowiedane mają może niewielki zasięg, ale się liczą. Trójkąt Weimarski, może z inicjatywy Fundacji Genshagen, powinien powołać niewielkie grono znanych postaci, przychylnych współpracy w Trójkącie, które raz na rok, może częściej, przypominałoby o świecie idei i służyło kancelariom prezydenckim za zaplecze intelektualne. Nie zaczynaliby od zera.

MAREK OSTROWSKI jest członkiem redakcji czasopisma *Polityka*, gdzie od 1994 r. pełni funkcję kierownika działu zagranicznego.

Przyszłość Trójkąta Weimarskiego jest na Wschodzie

► GABRIELE LESSER

Kiedy się słyszy wypowiedziane przez polityków zaklęcia w rodzaju: „Trójkąt Weimarski żyje!”, można przyjąć, że jest on w rzeczywistości martwy. I faktycznie, forum dialogu polsko-niemiecko-francuskiego nie dawało w ostatnich latach zbyt wielu oznak życia. Mimo tego politycy nie chcieli przyznać, że w ostatnim czasie temperatura ich uczuć spadła. Spotykali się więc co jakiś czas, nie mając sobie jednak zbyt wiele do powiedzenia. Także na poziomie społecznym od około dziesięciu lat panuje całkowite milczenie; ostatnia trójstronna debata dotyczyła niemiecko-francuskiej telewizji ARTE, w który to projekt Polska chciała się zaangażować. Wszystko rozbiło się o pieniądze, górnolotny plan upadł pozostawiając gorzki posmak.

W kwietniu 2010 r. szef niemieckiej dyplomacji Guido Westerwelle nadał spotkaniu Trójkąta nowy charakter, zapraszając na nie obok swoich kolegów z Francji i Polski gościa specjalnego - Kostiantyna Hryszczyka, ministra spraw zagranicznych Ukrainy. Rozmowy na temat kwestii energetycznych i bezpieczeństwa okazały się tak ciekawe, że już dwa miesiące później kierujący francuskim MSZ Bernard Kouchner zorganizował podobne spotkanie, tym razem z udziałem

ministra spraw zagranicznych Rosji, Sergieja Ławrowa. Po zakończeniu obrad Kouchner nie krył euforii, spotkanie określił jako „konieczne i ekscytujące”.

Mimo niepowodzeń, takich jak sfałszowane wybory prezydenckie na Białorusi w grudniu 2010 roku oraz wydanie mniej więcej w tym samym czasie nowego, surowego wyroku w procesie oponenta Kremla Michaila Chodorkowskiego, warto iść dalej w tym kierunku. Trójkątowi Weimarskiemu potrzebny jest nowy program, jeżeli w przyszłości nie ma się on ograniczać do banalnych spotkań prezydentów czy ministrów spraw zagranicznych z wojskową pompą, przejazdami dorożką i symbolicznym przechodzeniem razem przez mosty. W roku 1991, kiedy Trójkąt został powołany do życia, jego cel był jasno określony: Niemcy i Francja chciały wspierać Polskę w drodze do NATO i UE, a potem pomóc jej przywyknąć do politycznych, gospodarczych i wojskowych struktur Zachodu. Plan się powiódł. Polska jest dziś pełnoprawnym i ogólnie uznanym członkiem zarówno Unii Europejskiej jak i Sojuszu, zdolnym do podejmowania się takich samych zadań jak starsi członkowie klubu.

W państwach sąsiadujących z Polską na Wschodzie, czyli na granicy UE i NATO, coś się zdecydowanie zmienia.

Mimo niepowodzeń i tymczasowych zmian kursu, zmierzają one coraz wyraźniej w kierunku demokracji i gospodarki rynkowej, a tym samym, do modelu powszechnego w krajach Unii. Nawet na Białorusi coś się zmienia. Jednak nie po stronie prezydenta Łukaszenko, lecz opozycji. Wciąż niewiadomo, czy po sfałszowanych wyborach opozycji uda się zmobilizować i zyskać nowych zwolenników. Szanse jednak są. Zygzakowaty kurs Rosji nadal ciężko zinterpretować. Z jednej strony wyrok przeciwko Chodorkowskiemu zniweczył wszelkie nadzieje na modernizację w kierunku państwa prawa, z drugiej jednak Kreml od jakiegoś czasu jednoznacznie otwiera się na Zachód. Widać to zwłaszcza na przykładzie licznych pozytywnych gestów wobec Polski, dobrze wróżą także plany Moskwy nawiązania bliższej współpracy z UE i NATO.

Niemcy, Francja i Polska to tradycyjnie najbardziej zainteresowani Europą Wschodnią członkowie Unii. Kraje te od lat prowadzą samodzielną politykę wschodnią. Paryżowi zależy głównie na strategicznym partnerstwie z Rosją, Berlin stara się pielęgnować dobre stosunki ze wszystkimi wschodnieuropejskimi sąsiadami, Warszawa zaś chce być mentorem byłych państw bloku wschodniego w UE i NATO i głośno broni ich interesów wobec Rosji. Dobrym rozwiązaniem byłoby połączenie ze sobą tych trzech koncepcji politycznych i poprowadzenie wspólnej polityki wschodniej, która miałaby na celu „zmianę poprzez zbliżenie”, a później też „zmianę poprzez integrację”. Polska, przez

lata sceptycznie nastawiona do tego typu strategii demokratyzacji, dziś coraz wyraźniej dostrzega zalety takiej „polityki małych kroków” i jest skłonna ją współtworzyć.

W maju 2009 r. z inicjatywy Polski i Szwecji powołane zostało Partnerstwo Wschodnie - nowa strategia UE wobec sześciu krajów: Armenii, Azerbejdżanu, Białorusi, Gruzji, Mołdowy i Ukrainy. Choć państwom nim objętym nie obiecano członkostwa, strategia przewiduje ich głęboką integrację polityczną i gospodarczą z Unią Europejską. Rosja z kolei jest związana z Unią przez (wymagające renegotjacji) „Porozumienie o partnerstwie i współpracy”.

Zaangażowanie krajów Trójkąta Weimarskiego na Wschodzie stało się dla wszystkich państw Unii widoczne w czasie konfliktów – pomarańczowej rewolucji na Ukrainie, a także potem, kiedy Rosja zakreśliła Ukrainie kurek z gazem, a na Polskę nałożyła embargo na import zboża i mięsa; wreszcie podczas wojny w Gruzji, w sierpniu 2008 r. Francuskie, niemieckie i polskie działania były wówczas skoordynowane tylko częściowo, nie było jeszcze porozumienia w kwestii wspólnej polityki wschodniej Trójkąta.

Podczas wojny rosyjsko-gruzińskiej ówczesny prezydent Polski Lech Kaczyński udał się nawet razem z prezydentem Ukrainy Wiktorem Juszczenko, prezydentem Litwy Valdasem Adamkusem i innymi politykami z Europy Środkowowschodniej do Tbilisi i złożył tam następującą deklarację:

„Jesteśmy [tutaj] po to, żeby podjąć walkę [...] świetnie wiemy, że dziś Gruzja, jutro Ukraina, pojutrze państwa bałtyckie a później może i czas na mój kraj, na Polskę.”

W tym samym czasie prezydent Francji negocjował w Moskwie zawieszenie broni. Kanclerz Niemiec, Angela Merkel, użyła swoich wpływów w Europie Wschodniej i poparła Sarkozy'ego w jego misji pokojowej. Tuż po wojnie w Gruzji Polska zgodziła się na zainstalowanie na swoim terytorium części amerykańskiej tarczy antyrakietowej oraz umieszczenie na nim rakiet typu Patriot. Rosja zareagowała na to natychmiast, grożąc zamontowaniem w Obwodzie Kaliningradzkim rakiet Iskander skierowanych na Polskę.

Za pomocą tak nieskoordynowanej polityki nie da się zbyt wiele osiągnąć. W 2011r. sytuacja wygląda łagodniej. Zarówno USA jak i Rosja odłożyły plany rakietowe ad acta. Konflikt w Gruzji uświadomił jednak wszystkim państwom Unii i NATO jak łatwo lęki nowych członków z Europy Środkowej mogą spowodować zaostrzenie sytuacji kryzysowych.

Trójkąt Weimarski, który prowadziłby aktywną politykę wschodnią, byłby w stanie nie tylko zapobiegać takim konfliktom i szybciej je łagodzić, lecz również stworzyłby zupełnie inną sytuację wyjściową. Pokojowa współpraca wyszłaby na dobre wszystkim: Unii Europejskiej, Rosji, oraz państwom objętym Partnerstwem Wschodnim. Na liście tematów do

omówienia podczas regularnych spotkań wedle formuły „3+1” znaleźć się powinny kwestie polityki obronnej i bezpieczeństwa, energii i środowiska oraz możliwe do szybkiego wprowadzenia w życie projekty, jak na przykład wymiana młodzieży, partnerstwo miast i regionów oraz rozbudowa kontaktów kulturalnych. Wystarczy jedno - wola polityczna.

GABRIELE LESSER jest korespondentką z Europy Wschodniej, publicystką i historykiem. Od 1995 r. publikuje w gazetach *die tageszeitung* w Berlinie i *Der Standard* w Wiedniu.

